

SPD

Soziale
Politik für
Dich.

Finanzbericht » des Schatzmeisters

2019
2020

Parteitag Berlin
11. Dezember 2021

Finanzbericht » des Schatzmeisters

Parteitag Berlin
11. Dezember 2021

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstr. 141

10963 Berlin

Tel. 030 / 2 59 91-0

www.spd.de

Verantwortlich: Dietmar Nietan MdB

Erschienen: Dezember 2021

Gestaltung: Ann Katrin Siedenburg

Druck: Dräger + Wullenwever

Inhalt

Vorwort 7

1. Einnahmeentwicklung 12

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen 12

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung 13

1.3 Die Einnahmen aus Spenden 13

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring 16

1.5 Parteiinterner Finanzausgleich 17

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung 19

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände 21

4. Der Unternehmensbereich 22

4.1 Immobilienbereich: Konzentration GmbH,
Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH 22

4.2 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH 24

5. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich 27

Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach fast acht Jahren im Amt des Schatzmeisters kann ich konstatieren, dass die Rahmenbedingungen für den Erhalt der finanziellen und damit auch politischen Handlungsfähigkeit unserer Partei nicht leichter geworden sind. Zwar konnte das strukturelle Finanzproblem des Parteivorstandes durch einen konsequenten Konsolidierungskurs deutlich verringert werden, aber es ist noch nicht überwunden. Vor uns liegen weiterhin riesige finanzielle und organisationspolitische Herausforderungen.

Den notwendigen Neuaufstellungsprozess fortsetzen

Nicht ohne Grund habe ich vor zwei Jahren im Finanzbericht geschrieben, dass allen Verantwortlichen im Parteivorstand klar sein müsse, dass wir uns nicht länger den Apparat einer 40 Prozent Partei mit den Einnahmen einer 20 Prozent Partei leisten können. Nun sind wir Wahlsiegerin und eine 26 Prozent Partei. Neben dem Konsolidierungserfolg stellt sich nun auch der politische Erfolg ein. Beides sollte von allen Verantwortlichen als Ansporn verstanden werden, unsere Partei weiter zu modernisieren und zu konsolidieren. Wir müssen den eingeschlagenen Reformkurs konsequent weiterverfolgen. Nur so werden wir es am Ende auch schaffen, die Finanzkraft der SPD wieder langfristig zu sichern.

Das ausstehende Urteil des BVerfG zur staatlichen Parteienfinanzierung entscheidet über zukünftige finanzielle Rahmenbedingungen

Ohne die 2018 vom Bundestag beschlossene Erhöhung der absoluten Obergrenze bei der staatlichen Parteienfinanzierung, um den einschneidenden Veränderungen bei der Digitalisierung finanziell Rechnung zu tragen, hätten wir trotz aller Konsolidierungsmaßnahmen in der SPD bereits jetzt schon den Punkt erreicht, bei dem sehr weitgehende Einschnitte vorgenommen werden müssten. Diese würden die politische Handlungsfähigkeit der Partei deutlich einschränken und auf lange Sicht letztlich auch gefährden. Auch wenn dies durch die Erhöhung der absoluten



Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD.

Foto: Photothek

Obergrenze zunächst einmal abgewendet werden konnte, hängt vieles davon ab, wie im kommenden Jahr das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. Erst dann wissen wir verlässlich, ob sich dessen Urteil positiv oder negativ auf unsere finanzielle Situation auswirken wird.

Wenn die SPD relevant bleiben will, muss sie weiter massiv in die Digitalisierung investieren

Trotz aller Einsparungen kommt die SPD als Mitgliederpartei nicht umhin, in den Bereichen Mitgliederverwaltung, digitale Partizipation und digitale Kommunikation – insbesondere in den Sozialen Medien – weiter deutlich zu investieren. Die Erwartungen von Parteimitgliedern und Bürger*innen an moderne, auch digitale, Partizipationsformen sowie an einer qualitativ hochwertigen digitalen Präsenz sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Attraktiv für neue Mitglieder ist eine Partei nur dann, wenn sie unterschiedliche Partizipationsangebote anbietet. Die Sozialen Medien und digitalen Plattformen sind zwar nicht der vorherrschende Ort des politischen Diskurses, aber ihr Einfluss darauf, sogar auf den Ausgang von Wahlen, steigt stetig. Darauf müssen wir als demokratische Mitgliederpartei adäquat reagieren, sonst verlieren wir an politischer Gestaltungskraft.

Wie wirkt sich die Digitalisierung finanziell konkret aus? Seit 2015 haben sich die jährlichen Ausgaben für die digitale Kommunikation, die IT-Struktur und auch die Abwehr von Cyberangriffen, sowie den Datenschutz beim PV verdoppelt. Wir geben mittlerweile dafür pro Jahr einen zwei-

stelligen Millionenbetrag aus. Der Anteil der Gesamtkosten im Zusammenhang mit der Digitalisierung am gesamten Betriebshaushalt hat sich in den letzten fünf Jahren ebenfalls von 13 Prozent auf 25 Prozent nahezu verdoppelt.

Dabei hat die Corona Pandemie die Digitalisierung in der Parteiarbeit nochmals beschleunigt. Die Erfahrungen daraus lehren uns aber auch: So sehr die politische Arbeit von Parteien zukünftig digital ausgerichtet sein muss, so eindeutig ist festzuhalten, dass das direkte und persönliche Gespräch auch weiterhin der zentrale Kanal für die politische Willensbildung bleibt. Und so müssen wir jetzt gleichzeitig sowohl die analoge klassische Parteiarbeit als auch die Digitalisierung auskömmlich finanzieren.

Mehr Beitragseinnahmen dank solidarischer Mitglieder

Als Schatzmeister habe ich immer auch gefordert, nicht nur bei den Ausgaben zu sparen, sondern auch die Einnahmen zu verbessern. Darum habe ich mit der Unterstützung der Schatzmeister*innen aus den Landesverbänden und Bezirken zum letzten ordentlichen Bundesparteitag 2019 entsprechende Beschlüsse zur Erhöhung der Beitragseinnahmen eingebracht. Ohne Übertreibung kann ich heute sagen, dass das „Projekt Beitragsanpassung 2021“ als das erfolgreichste Projekt zur Sicherung bzw. Steigerung der Einnahmen der SPD in der letzten Dekade bezeichnet werden kann. Dieser Erfolg war nur möglich, weil alle Ebenen von Anfang an es als ein gemeinsames Projekt verstanden und dementsprechend eng und solidarisch zusammengearbeitet haben. Keine Beitragsanpassung vorher ist bei Mitgliedern, Hauptamtlichen und bei unseren ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern so breit kommuniziert worden wie diese. Die frühe und zielgruppenspezifisch angepasste Kommunikation in Organisation und Mitgliedschaft hat dazu geführt, dass die negativen Reaktionen bei den Mitgliedern deutlich geringer als bei anderen vergleichbaren Beitragsanpassungsaktionen ausgefallen sind. Es hat sich gezeigt, wie groß die finanzielle Solidarität unserer Genossinnen und Genossen ist, wenn man sie ernst und mitnimmt. Dafür sage ich Euch allen ein großes Dankeschön!

Intensivierung der Spendenwerbung – analog und digital

Gemeinsam mit den anderen Abteilungen des WBH haben wir neue Spendentools und eine Spendenkampagne entwickelt, bei der wir auch die digitalen Möglichkeiten ausschöpfen konnten. Der Erfolg gibt uns recht: In diesem Jahr haben wir schon jetzt 25 Prozent höhere Spendeneinnahmen, als projiziert. Das hat vor allem auch mit der Bereitschaft zu tun, den Bundestagswahlkampf zu unterstützen. Dabei sind wir sehr stolz auf Euch, liebe Genossinnen und Genossen! Denn der überwiegende Teil unserer Spendeneinnahmen beruht – anders als bei anderen Parteien – nicht auf Großspenden, sondern auf den vielen Einzelspenden unserer Mitglieder und Unterstützer*innen!

Die Zusammenarbeit von Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken intensivieren und durch gemeinsame Standards effizienter und sparsamer gestalten

Nachdem zu Beginn die „Beharrungskräfte“ in einigen Bereichen der Partei sehr stark waren, freue ich mich sehr, nunmehr in meinem vierten Finanzbericht mitteilen zu können, dass wir mittlerweile mit vielen Landesverbänden und Bezirken entsprechende Zielvereinbarungen getroffen haben, um Ressourcen durch eine gemeinsame Mitgliederadministration einzusparen. So werden bereits mehr als die Hälfte unserer Mitglieder samt der dazugehörigen Mitgliederbetreuung zentral im Service Center der NRWSPD professionell verwaltet. Mein Ziel ist es, dass mittelfristig alle unsere Mitglieder effizient und ressourcensparend in diesem Service Center betreut werden.

Ebenso möchte ich weiter daran arbeiten, dass der Parteivorstand und die Landesverbände bzw. Bezirke auch in den Bereichen Verwaltung, Organisations- und Personalentwicklung sowie hinsichtlich einer gemeinsamen Kampagnenfähigkeit noch intensiver als bisher zusammenarbeiten. Voraussetzung dafür sind gemeinsame Standards, auf die wir uns verständigen müssen.

Ziel ist auch hier, die Gesamtpartei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her spürbar zu entlasten. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass der Parteivorstand, die Landesverbände und die Bezirke zügig gemeinsame Maßnahmen verabreden, um ihre administrativen Aufgaben zu bündeln. Ich werde dazu konkrete entscheidungsreife Vorschläge vorlegen. Zu den Bereichen, in denen wir mehr zusammenarbeiten könnten, gehören z.B. das Management der Mitgliederdatenbank, die Buchhaltung, der Druck von Unterlagen und der Versand. Notwendig sind auch hierbei gemeinsame Zielvereinbarungen, die unnötige Kosten identifizieren und zugleich auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter*innen vor Ort von Verwaltungsarbeit entlasten. Nur so können wir einen Schwerpunkt auf die politische Arbeit vor Ort setzen. Dazu



*In diesem Jahr konnten wir 25 Jahre Willy-Brandt-Haus in Berlin feiern, August 2021. Seit 25 Jahren ist das Willy-Brandt-Haus ein Anziehungspunkt für den politischen und kulturellen Austausch in Berlin-Kreuzberg. Am 10. Mai 1996 wurde es offiziell eröffnet. Die Grundsteinlegung erfolgte bereits 1993, drei Jahre nach der Wiedervereinigung. Als erste „Bonner“ Partei kehrte die SPD zurück nach Berlin. Mit Weitsicht und historischem Bewusstsein plante Inge Wettig-Danielmeier, die damalige Schatzmeisterin, ein transparentes Büro- und Geschäftshaus nach hohen ökologischen Standards, das zugleich auch ein lebendiger Veranstaltungsort mit Strahlkraft ist. Mehr als 1,5 Millionen Besucher*innen waren seitdem zu Gast.*

Fotos: oben links und unten: Holger Biermann | oben rechts: Jörg Klam

müssen wir gemeinsam den Einsatz von Ressourcen planen und in den Bereichen IT, Meinungsforschung sowie weiteren Dienstleistungen (Datenbanken, Mailprogramme, MAVIS, Buchhaltung usw.) miteinander abgestimmt investieren.

Erste erfolgreiche Schritte auf dem Weg zu einer modernen gemeinsamen IT-Infrastruktur

Mittlerweile haben wir bereits mit der Office Consult, dem Service Center der NRWSPD und einigen Kolleg*innen aus den Landesverbänden und Bezirken die ersten Produkte für die Gliederungen in den Bereichen IT und Buchhaltung entwickelt. Diese Investitionen im Bereich IT und Sicherheit finanzieren wir aus dem Strukturfonds, sodass es für alle Landesverbände und Bezirke für ihre dortigen Einzahlungen zukünftig auch konkrete IT- und Buchhaltungsdienstleistungen als Gegenleistung gibt. Damit tragen wir als Schatzmeisterei dazu bei, die Ideen der Organisationspolitischen Kommission für eine gemeinsame bundesweite „IT-Strategie“ umzusetzen.

Der SPD-Unternehmensbereich als optimaler Dienstleister der SPD Familie

Als Treuhänder des SPD Unternehmensbereichs fördere ich die qualitative Verbesserung des Angebots der SPD eigenen Unternehmen in den Bereichen Social Media, Podcast, Print, Give Aways, Eventmanagement, EDV und Buchhaltung: Meine Direktive lautet, die Angebote optimal auf die konkreten Bedürfnisse der Gliederungen vor Ort auszurichten. Investitionen in die Produkte und Dienstleistungen von Office Consult, ASK, Vorwärts Verlag und IMAGE müssen sich aber rentieren. Deshalb muss die Partei auf allen Ebenen bereit sein, verstärkt und verlässlich die Produkte und Dienstleistungen „aus der Familie“ zu nutzen.

Die Schatzmeisterei als Motor in der Entwicklung moderner web basierter Anwendungen als Service für die Mitglieder

Wir sind die Partei des Fortschritts, unser Anspruch ist es, digitale Instrumente bei der Parteiarbeit zu nutzen, um den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen die Arbeit zu erleichtern. Seit 2006 investiert der Parteivorstand i.S.v. § 10 Abs. 1 Finanzordnung (Pflicht zur Buchführung) bereits in die elektronische Kassenbuchführung. Mit dem Online-Kassenprogramm („Webkasse“) haben wir im April 2020 einen weiteren Meilenstein erreicht und das elektronische Kassenbuchprogramm damit ersetzt. Die positiven Rückmeldungen zur Nutzerfreundlichkeit der „Webkasse“ bestätigen unseren digitalen Kurs. Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle auch der neue Service für unsere Mit-

glieder, ihre Beitragsquittung selbst online auszudrucken. Als nächstes großes digitales Serviceprojekt wollen wir als Schatzmeisterei gemeinsam mit den anderen Abteilungen des Willy-Brandt-Hauses die MAVIS modernisieren, indem wir sie als neue webbasierte Anwendung mit einer besseren Benutzeroberfläche als moderne Personendatenbank weiterentwickeln.

Gute Entwicklung im SPD Immobilienbereich

Die Neuaufstellung der Konzentration GmbH, bei der ich den Geschäftsführer Ingo Moll seit meiner Amtsübernahme aktiv unterstützt habe, entwickelt sich weiter zu einer Erfolgsstory: Nachdem die Konzentration lange rote Zahlen schrieb, kann sie als wirtschaftlich stabiler Immobilienbereich im steigenden Umfang Ausschüttungen für den Betriebshaushalt des Parteivorstandes erwirtschaften.

Die ddvg als Motor für regionale Zeitungsvielfalt und Qualitätsjournalismus

Die in der ddvg gebündelten Medienbeteiligungen leisten ebenfalls seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen.

Allerdings hat die Corona-Krise auch unseren Unternehmensbereich hart getroffen. Dank einer sehr engagierten hochprofessionellen Arbeit der Geschäftsführung und des gesamten Teams der ddvg sind wir aber schneller als erwartet wieder auf einen Weg der wirtschaftlichen Erholung gelangt. Dies war auch deshalb möglich, weil Matthias Linnekugel als mittlerweile alleiniger Geschäftsführer mit der Unterstützung seines Teams und des Treuhandaufsichtsrates die ddvg effizienter und schlagkräftiger neu aufgestellt hat. In diesem Zusammenhang wurde der Geschäftssitz der ddvg von Hamburg nach Berlin verlegt.

Die zunehmende Digitalisierung von Medien und Informationen stellt die regionalen Tageszeitungen vor die enorme Herausforderung, einen inhaltlichen und wirtschaftlichen Spagat hinzubekommen: Zum einen müssen sie massiv in neue digitale Formate und Produkte investieren, aber auch die klassische Zustellung gedruckter Zeitungen weiter ermöglichen und dabei auch noch einen qualitativ hochwertigen Journalismus erhalten. Die ddvg treibt als Motor diese Transformation mutig und sozial verantwortlich voran.

Angesicht erneuter Versuche der Unionsparteien unsere Unternehmensbeteiligungen zu diskreditieren, sollten wir niemals vergessen, dass unser Vermögen auf der Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Das ist die Richtschnur für den Umgang mit unserem Vermögen. Wir sind historisch gegenüber unseren Genossinnen und



Schatzmeister Dietmar Nietan bei der Einweihung der Stele, welche an die im KZ Sachsenhausen ermordeten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erinnert, März 2019.
Foto: privat

Genossen verpflichtet, die mit ihrem „Arbeitergrochen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Dieses Vermögen darf auch nicht kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten in der Partei untergeordnet werden.

Kommunikation auf Augenhöhe mit den ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern

Erst war es ein Kommunikationsweg in der Corona-Zeit und jetzt ist es ein schönes fest etabliertes Format, um regelmäßig auf Augenhöhe miteinander im Gespräch zu bleiben: Meine regelmäßigen Online-Konferenzen – mit über 500 ehrenamtlichen Kassierer*innen der Ortsvereine und Unterbezirke sind ein Gewinn für beide Seiten. Ebenso freut es mich, dass mein regelmäßiger „Finanz-Newsletter“ mit überdurchschnittlich hohen Öffnungsraten viel Resonanz findet.

Die Chancen des Wahlsieges für mutige Schritte zur Neuaufstellung nutzen

An dieser Stelle möchte ich noch einmal meinen dringenden Wunsch an uns alle formulieren: Der Erfolg unserer Reformen und der Wahlsieg am 26. September sollten uns nicht dazu verleiten, dem allzu menschlichen Reflex nachzugeben, sich jetzt zurückzulehnen. Das Gegenteil muss der Fall sein! Wir bleiben nicht auf halbem Weg stehen, sondern nutzen unseren Wiederaufstieg bei der Bundestagswahl als Rückenwind für ein ehrgeiziges Ziel: Wir wollen die SPD bis 2025 zur schlagkräftigsten Mitgliederpartei mit der modernsten Parteiorganisation machen! Dafür müssen wir uns weiter ändern wollen. Also auch weiter sparen, um an den richtigen Stellen investieren zu können. Beispielsweise noch weiter in die Digitalisierung, um breite Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten anzubieten, sowie eine professionelle Mitgliederverwaltung zu nutzen. So schaffen wir eine moderne Parteiorganisation, die den heutigen Realitäten Rechnung trägt. Damit uns dies alles gelingt, müssen Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke gemeinsame Standards entwickeln und diesen folgend gemeinsame Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen. Lasst uns den Rückenwind des gemeinsamen Erfolges nutzen, um mutig die organisationspolitisch schon lange überfälligen Dinge gemeinsam voran zu bringen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus herzlich bedanken, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister auch in den letzten zwei Jahren wieder so großartig unterstützt haben. Ebenso danke ich der Schatzmeister- und Kassierer-Konferenz, der Finanz- sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, kollegiale vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ganz zum Schluss möchte ich allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort ein ganz großes Dankeschön sagen!

Euer

Dietmar Nietan

1. Einnahmeentwicklung

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Wie in den Vorjahren sind die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen die wichtigste Einnahmequelle der Partei geblieben. Die Partei hat im Jahr 2019 insgesamt rund 78,36 Mio. EUR an Beiträgen erhalten. Im Jahr 2020 ist die Summe leicht auf 78,78 Mio. EUR angewachsen. Die Beitragseinnahmen verteilen sich wie folgt:

(in EUR)	2019	2020
Mitgliedsbeiträge	53,08 Mio.	53,30 Mio.
Mandatsträgerbeiträge	25,28 Mio.	25,48 Mio.

Am 31. Dezember 2019 waren 419.340 Personen Mitglieder der SPD. Zum Ende des Jahres 2020 gab es 404.305 Mitglieder.

Der langfristige Trend der Entwicklung der Mitgliedszahlen hält an. Durch die jährlichen Beitragsanpassungen bleibt die absolute Summe der Beiträge relativ konstant.

Im Jahr 2019 zahlte jedes Mitglied im Durchschnitt einen monatlichen Beitrag in Höhe von 10,44 EUR. Der monatliche Beitrag lag 0,48 EUR bzw. 4,8 Prozent höher als im Jahr 2018.

Die Mitgliedsbeiträge sind die wichtigste Einnahmequelle für die Gliederungsebene der Landesverbände und Bezirke. Weit mehr als die Hälfte der insgesamt von den Mitgliedern gezahlten Beiträgen verbleibt auf dieser Ebene. Der größte Teil der Mandatsträgerbeiträge dient zur Finanzierung der nachgeordneten Gebietsverbände. Von den Gesamteinnahmen dieser Kategorie werden über 80 Prozent von den nachgeordneten Gebietsverbänden vereinnahmt, diese machen knapp 40 Prozent der Gesamteinnahmen auf dieser Gliederungsebene aus.

Durch die stattfindenden Beitragsanpassungen gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung, aber auch durch verschiedene Aktionen für Beitragsehrlichkeit in einigen Landesverbänden, konnte diese wichtige Säule der Finanzierung der Partei gestärkt werden und ein möglicher Einnahmerückgang durch die geringere Anzahl von Mitgliedern und Mandatsträgern ausgeglichen werden.

Je Beitragseuro verbleiben 85 Cent, nach Abzug von Strukturhilfe, Innovationsfonds und dem Anteil für den vorwärts, bei den Landesverbänden und den nachgeordneten Gebietsverbänden. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Prozent.

Diese regelmäßigen Beiträge sind wichtig, um die Handlungsfähigkeit der Gliederungen sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam und zahlt sich aus, die Mitglieder regelmäßig anzusprechen und sie bitten zu prüfen, ob ein satzungsgemäßer Beitrag gezahlt wird. Solche Ansprachen wurden bereits von einigen Landesverbänden als Aktion zur Beitragsehrlichkeit durchgeführt, hatten jeweils einen spürbar positiven Effekt und werden zur Nachahmung empfohlen. In den regelmäßig stattfindenden Gesprächen zwischen den Schatzmeisterinnen und Schatzmeistern sowie den Finanzverantwortlichen der verschiedenen Gliederungen werden Erfahrungen ausgetauscht und das Wissen über erfolgreiche Maßnahmen weitergegeben.

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Die Parteien erhalten laut Parteiengesetz für ihre nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeiten staatliche Mittel als Teilfinanzierung für die Erfüllung dieser Aufgaben. Die Höhe der Zahlungen an die einzelnen Parteien richtet sich nach dem „Grad der Verwurzelung“ der Partei in der Gesellschaft. Als Maßstäbe zur Messung dieses Grades dienen die Anzahl der Wählerstimmen und die Höhe der Zuwendungen durch Beiträge und Spenden natürlicher Personen. Je mehr Wählerstimmen und Zuwendungen eine Partei erhält, desto größer ist der auf diese Partei entfallende Anteil aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Allerdings ist die auf die einzelnen Parteien entfallende Summe auf die Höhe ihrer jährlich selbst erwirtschafteten Einnahmen begrenzt („relative Obergrenze“).

Das jährliche Gesamtvolumen der staatlichen Mittel, die an die Parteien ausgezahlt werden, ist gedeckelt. Diese „absolute Obergrenze“ der Summe der Parteienteilfinanzierung erhöht sich in jedem Jahr um einen Prozentsatz, der anhand eines Preisindex für eine Partei typische Ausgaben berechnet wird. Diese Obergrenze für alle Parteien lag für das Jahr 2019 bei 193.610.000,00 EUR und für das Jahr 2020 bei 197.482.200,00 EUR.

Im Jahr 2018 hat die SPD insgesamt 56.772.509,83 EUR staatliche Mittel erhalten, im Jahr 2019 beliefen sich die Einnahmen aus staatlichen Mitteln auf 55.714.336,85 EUR, 2020 waren es 54.378.689,41 EUR.

Die Parteien erhalten pro Jahr vier Abschlagszahlungen vom Bundestag bzw. den Landtagen. Die Endabrechnung erfolgt am Beginn des Folgejahres, dann werden zu geringe oder zu hohe Zahlungen im Vergleich zu den geleisteten Zahlungen festgestellt. Die Verrechnung erfolgt mit der ersten Abschlagszahlung des Jahres. Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber der Bundestagsverwaltung werden in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufgeführt.

Die absolute Obergrenze wurde für das Anspruchsjahr 2018 durch ein Gesetz auf insgesamt 190 Mio. EUR erhöht. Gegen das Gesetz zur Erhöhung der absoluten Obergrenze ist ein Normenkontrollverfahren anhängig. Die Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht hat am 12. und 13. Oktober 2021 stattgefunden. Mit einem Urteil wird im Jahr 2022 gerechnet. Sollte das Gesetz keinen Bestand haben, würde die Bundestagsverwaltung den zu viel gezahlten Betrag zurückfordern.

1.3 Die Einnahmen aus Spenden

Nachdem im Jahr 2017 auch durch eine verstärkte Spendenwerbung im Bundestagswahlkampf die Spendeneinnahmen der SPD deutlich gestiegen waren, und im Folgejahr 2018 erwartungs- und erfahrungsgemäß ebenso deutlich zurückgingen, konnten wir im Jahr 2019 eine Erholung beobachten.

Um fast 4 Mio. EUR auf über 13,3 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Spendeneinnahmen 2019. Ein Grund dafür waren intensive Bemühungen um Spenden im Zusammenhang mit der Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz. Hier spielte auch die Online-Spendenwerbung eine wichtige Rolle. Mit über 250.000 EUR konnte allein der Parteivorstand mehr „Online-Spenden“ einwerben als je zuvor.

Allerdings zeigt sich auch, dass die Einnahmen aus Spenden bei anderen Parteien nach wie vor eine erheblich größere Rolle spielen als für uns. Während die SPD im Jahr 2019 knapp 7,9 Prozent ihrer Einnahmen aus Spenden erlösen konnte, lag der Anteil bei der CDU bei 25,44 Prozent, bei der FDP bei 21 Prozent. Aber auch die AfD war mit 24,74 Prozent wieder stark von Spenden abhängig.

Diese Tendenz zeigt sich auch bei den Spenden der sogenannten „Juristischen Personen“, also Unternehmen in der Rechtsform etwa einer AG oder einer GmbH. Hier profitieren die CDU, CSU und FDP in weitaus stärkerem Maße als SPD, Bündnis 90/Die Grünen oder die Linke (s. Tabelle).

Zwar liegen für das Rechenschaftsjahr 2020 noch keine Vergleichszahlen vor, aber es gibt wenig Anlass für die Vermutung, dass sich an diesen Grundkonstellationen Änderungen ergeben haben.

Die Entwicklung der Spendeneinnahmen beim Parteivorstand verlief in der Tendenz im Wesentlichen ähnlich wie bei der Gesamtpartei. Eine stärkere Konzentration auf die Online-Aktivitäten führte, wie erwähnt, zu deutlichen Verbesserungen der entsprechenden Spendeneinnahmen. Für das Bundestagswahljahr 2021 war deshalb ein Ziel, die Online-Spendenwerbung weiterzuentwickeln und zu professionalisieren. Aber auch dieser Hinweis bleibt richtig: Das wichtigste und erfolgreichste Instrument der Spendenwerbung der SPD bleibt vorerst der klassische Spendenbrief.

**Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen
der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2019**

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/ CSU	B90/ Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16		
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43		
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33		
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05		
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12		
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91		
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51		
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92		
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24		
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89		
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96		
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56		
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52		
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73		
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47		
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32		
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43		
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81		
2016	11.097	7,08	22.174	15,32	6.524	16,78	28.698	5.135	12,14	7.449	27,43	1.657	7,45	5.994	38,41
2017	14.549	8,76	35.206	22,47	9.848	22,71	45.054	5.873	13,50	15.072	38,90	2.686	8,50	6.751	36,78
2018	9.404	5,45	17.983	11,59	10.338	22,79	28.321	4.267	9,99	5.983	16,73	1.964	5,93	5.199	18,26
2019	13.335	7,88	23.560	15,44	12.230	25,44	35.790	6.571	11,01	7.986	21,00	2.772	8,10	6.503	24,74
1998– 2019	295.385		569.490		215.878		785.368	101.802		202.538		54.656		24.447	
Ø		8,29		17,90		23,61			14,51		30,10		10,29		29,55

Angaben in Tausend Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

**Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen
der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2019**

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	B90/ Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29		
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32		
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12		
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31		
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24		
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13		
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21		
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16		
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14		
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09		
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43		
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65		
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08		
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10		
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12		
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31		
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13		
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01		
2016	2.103	1,34	7.048	4,87	2.563	6,59	702	1,66	1.909	7,03	2	0,27	185	1,19
2017	3.173	1,91	12.630	8,06	4.407	10,16	963	2,21	4.622	11,93	3	0,01	167	0,91
2018	1.519	0,88	4.971	3,37	4.592	10,12	657	1,36	1.680	4,70	2	0,01	75	0,26
2019	2.217	1,31	7.305	4,79	4.018	8,36	720	1,21	2.093	5,50	1	0,00	119	0,45
1998– 2019	56.249		182.569		81.970		12.887		54.048		911		546	
Ø		1,58		5,71		8,96		1,78		7,82		0,19		0,70

Angaben in Tausend Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring

Die Vermietung von Ausstellerfläche im Rahmen von Parteitagen ist die relevante Einnahmequelle für Sponsoring beim Parteivorstand.

Zuletzt gab es einen Ausstellerbereich beim Bundesparteitag 2019 in Berlin.

Die Corona-Pandemie erforderte auch im Bereich des Sponsorings, neue digitale Angebote zu entwickeln, um eine attraktive Präsentation zu ermöglichen.

Beim ersten digitalen a.o. Bundesparteitag im Mai 2021 stellten sich die Sponsoren mit einem erweiterten Logo-Sponsoring auf unserer Veranstaltungs-Website vor. Jedes Logo führte zu einem Teaser-Text zur eigenen Vorstellung und verlinkte die Website des Sponsors.

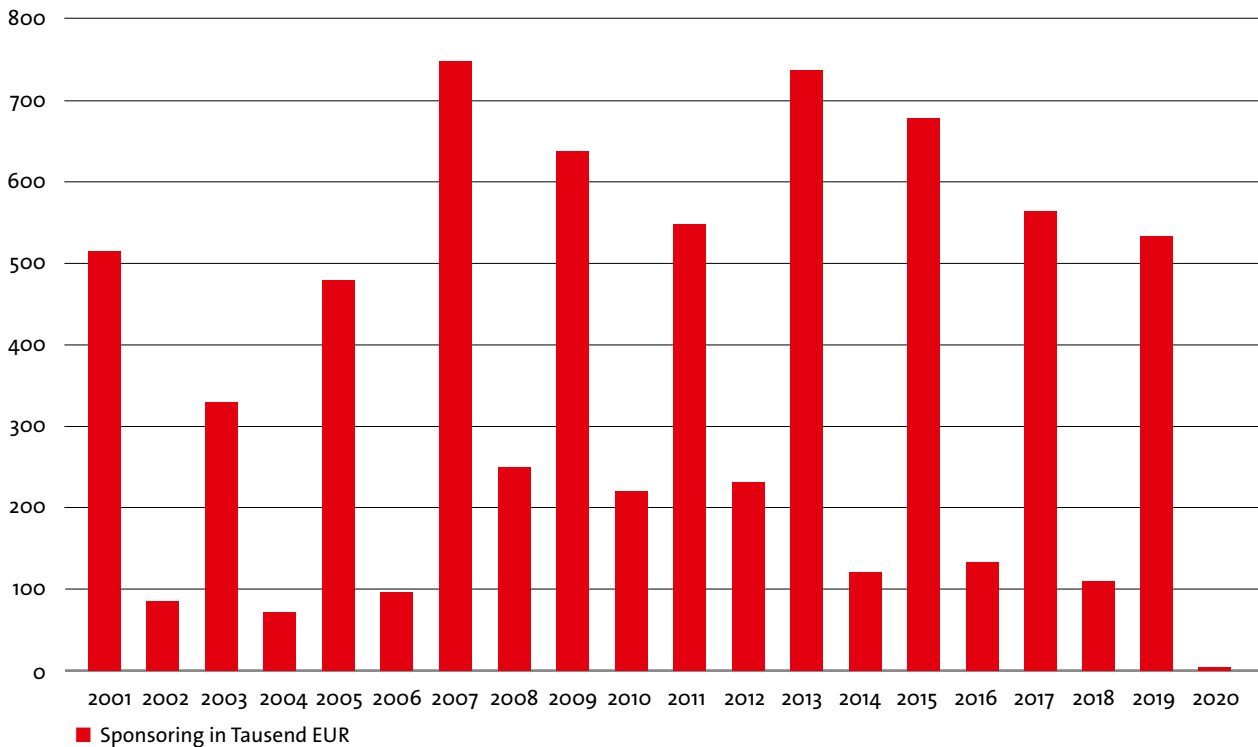
Vorsorglich wurde entschieden, beim ordentlichen Bundesparteitag 2021 auf einen Ausstellerbereich zu verzichten, da ein reger Austausch an den Ständen mit Delegierten und Gästen nicht in gewohnter Form hätte gewährleistet werden können.

Die Absage von Präsenzveranstaltungen und die damit eingeschränkten Werbemöglichkeiten wirken sich auf der Einnahmenseite aus.

Aus der Graphik lässt sich die Entwicklung der Einnahmen beim Parteivorstand ablesen.

Für den korrekten und transparenten Umgang mit Sponsoring gilt die interne Sponsoringrichtlinie des Parteivorstands als Richtschnur sowie die im Jahr 2017 aktualisierten "Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten" der SPD.

Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen 2001–2020 in Tausend EUR



Wir veröffentlichen als Parteivorstand alle Sponsoring-Einnahmen freiwillig auf unserer Website unter der Rubrik „Finanzen und Transparenz“. Dokumentiert sind alle Sponsoren mit Namen, die erbrachte Leistung und die gezahlte Netto-Summe.

Die in § 3c der Verhaltensregeln genannten Adressaten wurden 2017 über den konformen Umgang mit Sponsoring informiert. Mitte 2018 ist die Veröffentlichungspraxis systematisch abgefragt worden. Wo es noch Lücken gab, wurde ausdrücklich auf die Definition von Sponsoring und die Transparenzvorgaben hingewiesen. Eine „Anpassungszeit“ wurde bis Mitte 2019 gewährt.

Jährlich wird der Schatzmeister dem Parteivorstand und der Kontrollkommission über die Einhaltung berichten. Bei Verstößen berät die Kontrollkommission und prüft mögliche Sanktionen.

Der Parteivorstand hat im März 2021 einen Beschluss zur „Stärkung der Integrität unserer parlamentarischen Demokratie“ gefasst, der vertiefend unser Zukunftsprogramm ergänzte, und strengere Regeln beim Lobbyismus vorsieht. Dazu gehört auch unsere langjährige Forderung, das Sponsoring im Parteiengesetz zu regeln. Wir wollen, dass die Einnahmen als eigene gesonderte Position in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht werden.

Weitere Informationen und Übersichten zu Sponsoring unter:

<https://www.spd.de/partei/organisation/finanzen/downloads-finanzen/>

1.5 Parteiinterner Finanzausgleich

Die Landesverbände und Bezirke erhalten ein Drittel der im Rahmen der staatlichen Parteiteilfinanzierung für die SPD festgesetzten Mittel. Zwei Drittel verbleiben beim Parteivorstand.

Die Berechnung der Verteilung der staatlichen Mittel an die Landesverbände und Bezirke ist an das Berechnungsmodell des Parteiengesetzes für die Verteilung an die Parteien angelehnt. In beiden Fällen sind die Anzahl der Wählerstimmen und die Summen der Zuwendungen maßgeblich für die Höhe des Anteils an den staatlichen Mitteln. Ein Landesverband mit vielen Wählerstimmen und hohen Beitrags- und Spendeneinnahmen erhält einen höheren Anteil.

Strukturschwache Landesverbände und solche, die negative politische Brüche zu verkraften haben, werden durch Ausgleichsmechanismen des parteiinternen Finanzausgleichs materiell unterstützt. Wenn bei Landtagswahlen Stimmenverluste zu verzeichnen waren, wird den betreffenden Gliederungen ein Verlustausgleich gezahlt, der einen Teil der finanziellen Verluste abdeckt. Im Falle starker Verluste im Vergleich zum vorangegangenen Finanzausgleich steht ein jährlich neu festzulegender Glättungsbeitrag zur Verfügung, der proportional auf die Gliederungen aufgeteilt wird.

Außerdem gibt es den Strukturfonds, der an Landesverbände und Bezirke gezahlt wird, die besonderer Unterstützung bedürfen. Ziel des Strukturfonds ist es, zur Finanzierung von Projekten beizutragen, die die Gliederungen mittel- und langfristig stärken. Dies können Maßnahmen zur Finanzierung der Ausbildung von Personal sein, wie es durch das Trainee-Programm erfolgt. Projekte, die zur Effizienzsteigerung der Verwaltung beitragen, können ebenfalls gefördert werden. In den Berichtsjahren betrug das Budget des Strukturfonds bis zu 800.000 EUR pro Jahr.

Diese Ausgleichsmechanismen sind Instrumente der Solidarität der Landesverbände und Bezirke untereinander, um Gliederungen mit Strukturproblemen und in Umbruchsituationen zu stärken und dem Gedanken des Ausgleiches von Chancen Rechnung zu tragen.

Verteilung der Staatlichen Mittel in den Jahren 2019 und 2020

Endgültig beim jeweiligen Verband verbleibender Betrag in EUR		
Gliederung	2019	2020
Parteivorstand	39.287.797,25	38.556.020,70
LV Schleswig Holstein	674.775,32	657.059,95
LV Mecklenburg-Vorpommern	231.796,62	231.369,68
LO Hamburg	437.528,84	427.678,69
LO Bremen	206.243,14	201.147,62
LV Niedersachsen	747.247,84	718.173,15
BZ Nord-Niedersachsen	169.135,17	158.917,23
BZ Weser-Ems	327.893,05	308.705,87
BZ Hannover	706.183,27	660.266,80
BZ Braunschweig	228.871,68	208.533,65
LV Sachsen-Anhalt	241.115,80	224.363,01
LV Brandenburg	417.168,80	400.184,68
LV Berlin	646.610,17	646.927,36
LV Nordrhein-Westfalen	4.332.011,02	4.155.804,03
LV Hessen	391.689,19	363.596,29
BZ Hessen-Nord	303.617,92	296.414,58
BZ Hessen-Süd	839.799,95	824.178,92
LV Thüringen	226.167,75	204.286,26
LV Sachsen	271.114,10	264.142,71
LV Saar	371.018,73	365.931,20
LV Rheinland-Pfalz	1.103.859,07	1.080.821,40
LV Baden-Württemberg	1.539.501,83	1.469.735,52
LV Bayern	2.013.190,34	1.954.430,11
Summe	55.714.336,85	54.378.689,41

Das Normenkontrollverfahren wegen des Gesetzes zur Erhöhung der absoluten Obergrenze war zu Redaktionsschluss noch nicht entschieden. Die Differenz zwischen den Beträgen, die der Partei nach den Berechnungen nach altem und nach neuem Recht zustehen, waren dem Vorsichtsprinzip folgend nicht Teil des parteiinternen Finanzausgleichs. Wenn das aktualisierte Gesetz bestehen bleibt, wird den Gliederungen diese Differenz durch den Parteivorstand ausgezahlt.

Im Jahr 2019 wurden 11,9 Mio. EUR und im Jahr 2020 11,4 Mio. EUR, jeweils inklusive des Strukturfonds, im Rahmen des parteiinternen Finanzausgleichs an die Landesverbände und Bezirke ausgezahlt. Es wurden außerdem jeweils ca. 4,5 Mio. EUR staatliche Mittel direkt von den jeweiligen Landtagen an die Gliederungen gezahlt.

Der Tabelle können die Summen der den jeweiligen Gliederungen insgesamt gezahlten staatlichen Mittel entnommen werden. Dazu gehören die Zahlungen des Bundestages und der Landtage sowie die Zahlungen aus dem parteiinternen Finanzausgleich inklusive der Ausgleichsmechanismen. Im Betrag des Parteivorstandes ist auch die Summe enthalten, die an die Gliederungen weitergeleitet wird, wenn das aktualisierte Parteiengesetz bestehen bleibt.

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Die Haushaltsjahre 2019 und 2020 standen unter dem Zeichen besonderer Herausforderungen.

Neben der Aufstellung und Bewirtschaftung des Wahlkampfhaushaltes für die Europawahl und der Finanzierung eines Mitgliedervotums im Jahr 2019, waren es im Jahr 2020 die Covid-19-Pandemie und die Aufstellung und Bewirtschaftung des Wahlkampfhaushaltes für die Bundestagswahl.

Die wichtigsten Einnahmequellen sind neben den Spenden nach wie vor die Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitrags-einnahmen im Berichtszeitraum 20,7 Prozent (2017/2018: 19,4 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 74 Prozent betrug (2017/2018: 65 Prozent), inkl. den ausgezahlten Mittel nach dem neuen Parteiengesetz, für die ggf. eine Rückzahlungsverpflichtung für die kommenden Jahre besteht, sofern der Novellierung nicht stattgegeben wird. Insgesamt sind die Einnahmen weiterhin rückläufig.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit und satzungsgemäßer Parteiarbeit entsprach einem Anteil von 16 Prozent gegenüber 2017/2018 einem Anteil von 21,1 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV und der Restrukturierung des Unternehmensbereiches entsprachen 2017/2018 einem Anteil von 34,9 Prozent und im Berichtszeitraum 40,8 Prozent.

Der Anteil der Transferleistungen inkl. Strukturhilfe an den Gesamtausgaben beträgt im Berichtszeitraum 6,9 Prozent (2017/2018 8,2 Prozent).

Zusätzlich erhielten die Landesverbände und Bezirke im Rahmen des Europawahlkampfes ca. 1,5 Mio. EUR Wahlkreis-zuschüsse.

Die Wahlkreise erhielten 3000 EUR pro Wahlkreis als reguläre Unterstützung, sowie 2000 EUR pro Wahlkreis für ein Mobilisierungspaket.

Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben lag im Berichtszeitraum bei ca. 35 Prozent (2017/2018 ca. 34 Prozent).

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben. So dürfen ab 2024 die Personalkosten maximal 30 Prozent der Einnahmen betragen.

Die Wahlkampfzentrale für den Europawahlkampf und den Vorwahlkampf zur Bundestagswahl befand sich im Willy-Brandt-Haus.

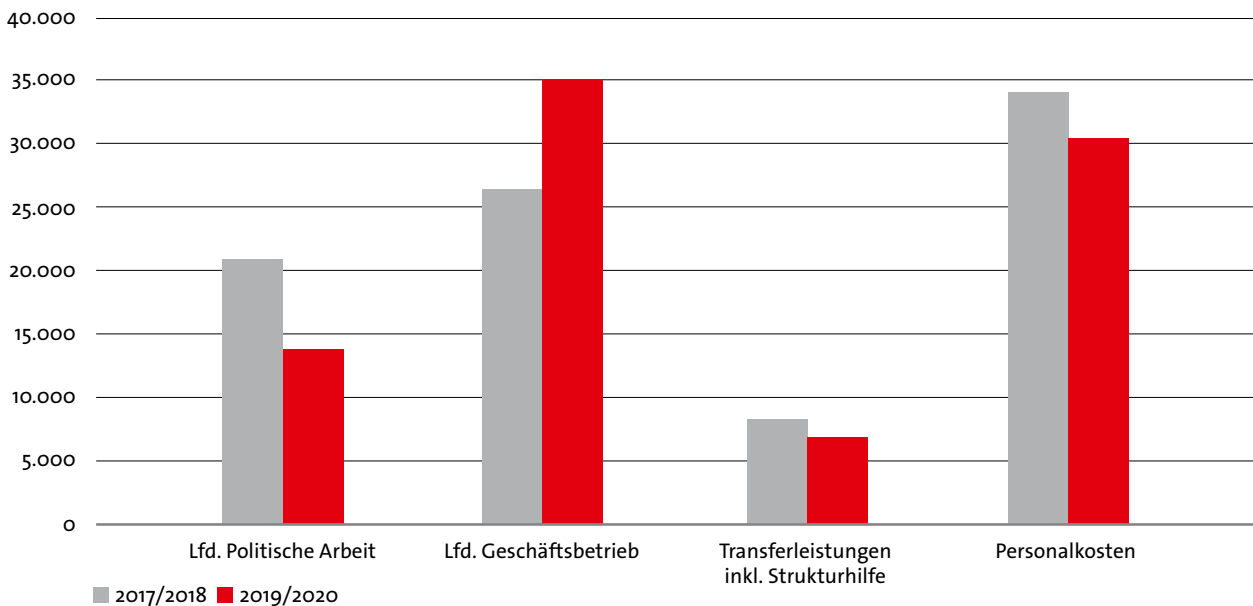
Die Gesamtausgaben des Europawahlkampfes betragen im Jahr 2019 9,6 Mio. EUR (inkl. Personalkosten, Sachausgaben und Transferleistungen).

Zusammen mit den Vorwahlkampfkosten in 2018 in Höhe von ca. 1,4 Mio. EUR wurden für den Europawahlkampf insgesamt rund 11 Mio. EUR aufgewendet.

Für den Vorwahlkampf zur Bundestagswahl wurden im Jahr 2020 bereits rund ca. 1,2 Mio. EUR aufgewendet.

Wie bereits im Finanzbericht 2019 angekündigt, fiel das Budget für die Bundestagswahl 2021 deutlich geringer aus. Insgesamt war der Wahlkampfetat ca. 10 Mio. EUR geringer als beim Bundestagswahlkampf 2016/2017.

Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR



Neben dem knappen Budget war die zweite große Hürde einen Wahlkampf unter Pandemiebedingungen zu führen.

Auch das Mitgliedervotum im Herbst 2019, das in zwei Runden stattfand, war eine große logistische, personelle und budgetäre Herausforderung.

Für die IST-Kosten in Höhe von 1,9 Mio. EUR musste im Vorfeld ein Nachtragshaushalt beschlossen werden.

Die Beteiligung der Landesverbände und Bezirke erfolgte im Rahmen der technischen Kosten der 2. Runde. Dies wurde entsprechend mit dem Finanzausgleich verrechnet.

Die Auszahlungen und Bekanntgaben der Ergebnisse erfolgten im Willy-Brandt-Haus mit vielen freiwilligen Helfenden aus den Landesverbänden und Bezirken.

Neben der unterjährig regelmäßigen Prüfung der Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes durch die Kontrollkommission wurde die Haushaltsführung für die Jahre 2019 und 2020 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen.

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

Die Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände wurde 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossen. Sie dient der Sicherung der Handlungsfähigkeit und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen. Von jedem Mitgliedsbeitrag werden seither 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten.

Die ostdeutschen Landesverbände erhielten im Berichtszeitraum 2019/2020 hieraus insgesamt 2,775 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von 225 TEUR geleistet, wobei auf das Jahr 2019 150 TEUR und 75 TEUR auf das Jahr 2020 entfallen.

Gemäß der geltenden Beschlusslage ist die ergänzende Strukturhilfe Ende 2020 ausgelaufen.

Für das Jahr 2019 ergibt sich somit ein Gesamtbetrag in Höhe von 1,525 Mio. EUR und für das Jahr 2020 1,475 Mio. EUR.

Gerade die guten SPD-Wahlergebnisse in Ostdeutschland bei der letzten Bundestagswahl haben noch einmal unterstrichen, wie wichtig es für die Zukunft unserer Partei ist, dass der Parteivorstand gemeinsam mit den ostdeutschen Landesverbänden zukunftsfähige Konzepte entwickelt, welche auch weiterhin in Ostdeutschland die Verankerung der SPD in der Fläche zum Ziel haben.

4. Der Unternehmensbereich

4.1 Immobilienbereich: Konzentration GmbH, Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Der Grundbesitz der SPD befindet sich im Treuhandbesitz der Konzentration GmbH, der VBB mbH (Willy-Brandt-Haus) und weiterer regionaler Grundbesitzgesellschaften. Daneben hält die Konzentration GmbH auch Immobilien im Betriebsvermögen, die nicht der Parteiarbeit dienen. Das wirtschaftliche Eigentum der treuhänderisch gehaltenen Immobilien liegt beim Parteivorstand und wird im jährlichen Rechenschaftsbericht der Partei unter „Haus- und Grundvermögen“ erfasst.

Die Konzentration GmbH nimmt im Bereich des Treuhandvermögens nicht nur die Eigentumsrechte des Parteivorstandes wahr, sie berät Gliederungen der Partei auch in allen Fragen des Grundbesitzes, des Erwerbs, der Veräußerung, der Verwaltung und Projektentwicklung.

Wie im Finanzbericht für das Jahr 2014 erläutert, ist die Konzentration durch eine tiefgreifende Restrukturierung gegangen, die zum Jahreswechsel 2018 abgeschlossen werden konnte und deren positive Auswirkungen sich jetzt bemerkbar machen: Sowohl im Bereich des „Treuhandvermögens Immobilien“ wie auch im Betriebsvermögen der Konzentration GmbH wächst das Netto-Vermögen. Die einstmaligen hohen Schuldenquoten des Immobilienbereichs konnten weiter abgebaut werden, die Konzentration GmbH erzielt außerhalb der von der Partei genutzten Immobilien nachhaltige Renditen und konnte in den Jahren 2019 und 2020 die Arbeit des Parteivorstandes mit Ausschüttungen in sechsstelliger Höhe unterstützen. Mit dem Schatzmeister zusammen streben wir an, diese Ausschüttungen in den folgenden Jahren kontinuierlich zu steigern ohne dabei die weitere Reduzierung der Schuldenlast zu vernachlässigen.



*Unser Herbert-Wehner-Haus setzt in Dresden nicht nur politische, sondern auch städtebauliche Akzente.
Foto: Konzentration GmbH*

Auch der Immobilienbereich blieb von den Auswirkungen von Corona nicht verschont. Mit zahlreichen Mieterinnen und Mietern konnten zwar Stundungsvereinbarungen und (begrenzte) Mietverzichte vereinbart werden. Wir mussten jedoch auch erleben, dass insbesondere kleine Gewerbetreibende, sowie einige unserer Gastronomie-Mieter die Krise nicht überstanden haben. Das hat auch das Ergebnis der Konzentration GmbH in 2020 negativ beeinflusst. Insgesamt waren die Auswirkungen jedoch deutlich geringer als in anderen Branchen.

Operativ konnte 2019/2020 neben zahlreichen Sanierungsprojekten das neu errichtete Herbert-Wehner-Haus in Dresden (Foto) an den LV Sachsen und weitere Nutzer übergeben werden. Auch der Landesverband Rheinland-Pfalz konnte mit Unterstützung der Konzentration die alte Adresse in der Mainzer Klarastrasse gegen eine neue wesentlich funktionalere Büroeinheit tauschen. Zurzeit beginnt der Neubau eines Partei-, Büro- und Wohnhauses in Düren.

Das Treuhandvermögen „Willy-Brandt-Haus“ hat sich wirtschaftlich weiterhin nach Plan entwickelt: Durch die fortschreitenden Tilgungen vergrößerte sich das (schuldenfreie) Reinvermögen weiter. Auf Veranlassung des Schatzmeisters wurde im September 2021 eine langfristige Strategie für die letzten Etappen zur Schuldenfreiheit bis zum Jahr 2031 vereinbart. Zum Zeitpunkt des jüngsten vorliegenden Testats (31.12.2019) betrug die Gesamtverschuldung des „Treuhandvermögens WBH“ noch 24,6 Mio. EUR, dem stand ein bilanzielles Haus- und Grundvermögen i.H.v. 46 Mio. EUR gegenüber.

Die Immobilien der Partei stellen ein organisationspolitisches Gerüst dar, das die Parteiorganisation insgesamt stabilisiert und die Präsenz vor Ort stärkt. Daneben machen sie die Partei „kreditwürdig“ und können daher auch als finanzielle Reserve in Krisenzeiten beliehen werden.

Die Kontrollkommission der Partei hat einen „Verhaltenskodex Unternehmensbereich“ verabschiedet. Wir begrüßen das und erfüllen diesen Kodex mit Leben, in dem wir:

- konsequent auf spekulative Investitionen (wir sind langfristiger Bestandhalter) verzichten,
- nicht „filetieren“ (z.B. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen),
- den Mietspiegel beachten, ohne ihn „auszureizen“,
- unsere Handwerker und Dienstleister möglichst schnell bezahlen,
- bei der Vergabe „großer“ Aufträge darauf achten, ob seitens der Firmeneigentümer Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung öffentlich bekannt geworden sind oder Tarifbruch begangen wird.

Seit 2014 orientiert sich die Konzentration GmbH selbst am Tarifvertrag für die Wohnungswirtschaft, die VBB mbH am Haustarif des DGB. Ebenso wurde (und wird) bei beiden Gesellschaften eine betriebliche Altersversorgung über einen Drittanbieter angeboten, der von den Gesellschaften finanziell erheblich bezuschusst wird. Mit einer offenen Firmenkultur und dem permanenten Angebot an individuellen Weiterbildungsmöglichkeiten wollen wir „gute Arbeit“ möglich machen und leisten.

Auch in Zukunft bleibt es das vornehmliche Ziel des Immobilienbereichs „Quartiermeister“ der Partei zu bleiben, die bauliche Infrastruktur für die Parteiarbeit vor Ort zu entwickeln und das sozialdemokratische Erbe der historischen Parteihäuser zu pflegen. Daneben soll der Immobilienbereich – soweit er nicht der unmittelbaren Parteiarbeit dient – jedoch auch Bestandteil der Vermögensverwaltung der Partei sein und Immobilieninvestitionen aus Rendite-Gründen tätigen, um langfristig zusätzliche Einnahmen zu generieren, die wir dem Parteivorstand zur Verfügung stellen.

4.2 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Digitale Transformation im Kerngeschäft nimmt Fahrt auf

Die eingeleitete Transformation des Kerngeschäfts der Regionalverlage hat im Jahr 2020 deutlich an Fahrt gewonnen: Die gestiegene Nachfrage nach verlässlichen Informationen in der Corona-Pandemie hat nicht nur den Rückgang von Print-Auflagen etwas verlangsamt, sondern vor allem bei den digitalen sog. Plus-Produkten und bei E-Paper-Angeboten zu deutlichen Zuwächsen geführt. Dies führte dazu, dass beispielsweise die Madsack Mediengruppe (MMG) im Jahr 2020 die Zahl ihrer zahlenden Leser*innen (Online und Print) insgesamt stabil halten konnte; sprich der Verlust an Print-Leser*innen konnte durch digitale Zuwächse ausgeglichen werden. Ende 2020 lag die Zahl der kostenpflichtigen digitalen Abos (E-Paper und Plus-Abos) der MMG bereits bei rund 80.000.

Aber auch die übrigen Verlagsbeteiligungen konnten ihre kostenpflichtigen Digital-Angebote deutlich ausbauen und verzeichneten zudem erhebliche Reichweitengewinne.

Diese hierdurch erzielten positiven Umsatzeffekte reichen allerdings nicht aus, um die gegenläufigen Auswirkungen der Beschränkungen des öffentlichen Lebens in der Pandemie auszugleichen: Unmittelbar nachdem im März 2020 die Schließung der Schulen, Einzelhandelsgeschäfte, Kultureinrichtungen, Gastronomie etc. erfolgte, brachen die Werbeumsätze über Nacht um bis zu 80 Prozent ein. Nach den Lockerungen der Maßnahmen gelang es zwar, einiges an verlorenem Umsatz aufzuholen. Der mit der zweiten Corona-Welle Ende 2020 einhergehende Lockdown hat diese positive Entwicklung allerdings wieder zurückgeworfen und die Planungen für das Jahr 2021 zur Makulatur werden lassen.

Vor allem das nahezu vollständige Aus für Tourismus und Events hat das Geschäft der Regionalverlage negativ beeinträchtigt – und das umfasst nicht nur den Werbeumsatz. Betroffen war hier vor allem die sächsische Beteiligung an DDV: Diese bestreitet rund die Hälfte ihres Ergebnisses aus zeitungsfernen Geschäften – zu einem großen Teil aus Veranstaltungen und Reisen. In 2020 führten deshalb die Corona-Effekte zu einem Einbruch des Gesamtumsatzes bei DDV um rund 17 Prozent.

Aber auch die übrigen Regionalverlage hatten bezogen auf das Gesamtjahr 2020 erhebliche Umsatzrückgänge zu verzeichnen und waren gezwungen, massiv Kosten zu senken. So wurden beispielsweise fast überall in der Republik die Mittwochs Ausgaben der Anzeigenblätter eingestellt.

Zugleich musste mit dem ersten Lockdown im März 2020 über Nacht die Produktion unter Pandemiebedingungen neu organisiert werden. Im Ergebnis wurden neue Strukturen geschaffen, die auch in Zukunft mehr Effizienz versprechen.

Wo es möglich war, sind die Mitarbeiter*innen ins Home-Office gewechselt. In diesem Zuge wurden neue Strukturen und Prozesse etabliert, die in vielen Fällen über die Pandemie hinaus Bestand haben.

Ferner konnten Unternehmen auf die umfangreichen Möglichkeiten zur Kurzarbeit zurückgreifen und damit Kündigungen vermeiden. Vor allem aber ist es durch intensives Kostenmanagement gelungen, ein Abrutschen der Verlage in die Verlustzone zu vermeiden.



*Die Digitalisierung wird die Rahmenbedingungen für unsere zukünftige politische Arbeit immer mehr bestimmen: Impression vom ersten digitalen SPD Bundesparteitag am 9. Mai 2021.
Foto: ASK GmbH*

Erfreuliche Entwicklung des Nachhaltigkeitsengagements

Deutlich besser als ursprünglich geplant haben sich die über die Zwischenholding GLG Green Lifestyle GmbH (GLG) gehaltenen Beteiligungen der ddvg im Nachhaltigkeitsbereich entwickelt: So ist es bei ÖKO-Test gelungen, 2020 in die Gewinnzone zurückzukehren. Hierfür war neben erfreulichen Vertriebs Erlösen aus dem Printbereich auch das anziehende Online-Geschäft mit ausschlaggebend. Die jährlichen Visits konnten im Vergleich zum Jahr 2018 (5,95 Mio.) auf 15,6 Mio. (2019) bzw. 21,9 Mio. (2020) gesteigert werden.

Utopia und Avocadostore haben nicht nur (wie geplant) 2019 den Break-Even erreicht, sondern konnten 2020 das positive Ergebnis deutlich steigern.

Damit haben diese Unternehmen die Voraussetzungen für die nächsten Entwicklungsschritte geschaffen. Für Utopia gilt zudem, dass mit dem Eintritt der Umweltbank AG als neue Minderheitsgesellschafterin im Jahr 2021 der Aufbau der englischsprachigen Seite Utopia.org zügig angegangen werden kann.

Weitere Geschäftsbereiche

Der SPD-Reiseservice ist durch den vollständigen Ausfall des Reisegeschäfts besonders hart von der Pandemie betroffen. Nachdem es im Frühjahr 2020 zunächst darum ging, alle aktuellen Reisen mit Beginn des Lockdowns zu beenden, arbeitet das Team nun am Neustart des Geschäfts. An Nachfrage wird es – das lässt sich jetzt schon sagen – nicht mangeln. Ungewiss bleibt aber, wann, unter welchen Bedingungen und mit welchen Destinationen der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

ASK und IMAGE konnten mit ihren erweiterten Angeboten (Podcastproduktion, Gestaltungsportal) einen wichtigen Beitrag zur Arbeits- und Kampagnenfähigkeit der Partei und ihren Gliederungen leisten. Mit der Organisation von Online-Parteitag hat ASK sehr schnell Möglichkeiten für die digitale Willensbildung unter Pandemiebedingungen geschaffen.

Neuordnung der Holding

Die vergangenen Jahre waren mit grundlegenden Veränderungen auch in der Holding selber verbunden:

Zum 31. März 2020 ist der langjährige Geschäftsführer Jens Berendsen aus der Geschäftsführung ausgeschieden. Die Leitung der ddvg liegt nunmehr in der alleinigen Verantwortung des Geschäftsführers Matthias Linnekugel.

Und schließlich hat die ddvg zum 1. Juli 2021 ihren Geschäftssitz von Hamburg an ihren Unternehmenssitz nach Berlin verlegt. Ein historischer Schritt.

Umgestaltung des Portfolios

Das Portfolio der ddvg ist im Berichtszeitraum spürbar verändert worden.

So wurde im Jahr 2020 die Mehrheit am Games-Publisher Tivola an das schwedische Unternehmen Jumpgate verkauft. Im Jahr 2021 hat Jumpgate schließlich auch die restlichen Anteile der ddvg an der Tivola Games übernommen.

Nicht zuletzt die Umsatzeinbrüche infolge der Corona-Pandemie zwangen zu teils schmerzhaften Maßnahmen: So musste Dräger + Wullenwever im Jahr 2020 den Offset-Druckbetrieb aufgeben. Das traditionsreiche Lübecker Unternehmen bleibt aber als Digitaldruckerei und Anbieter von Medialösungen (z.B. für als Betreiber des SPD-Druckportals „Meine Gestaltung“) erhalten und befindet sich nunmehr im alleinigen Eigentum der ddvg.

Ebenso schwerwiegend war es, den Druck der Printausgabe der Neuen Westfälischen (NW) ab Juni 2021 fremd zu vergeben. Auch hier waren zum einen die Umsatzeinbußen im Zuge des Lockdowns Auslöser für diesen Schritt, zum anderen aber auch die aktuell zur Verfügung stehenden Druckkapazitäten in umliegenden Druckereien. Letztlich konnte ein, nach Meinung aller Beteiligten, gut ausgestatteter Sozialplan vereinbart werden. Die darin verankerte Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft kann den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnen. Zugleich erlangt die NW durch künftige deutlich sinkende Aufwendungen für den Zeitungsdruck dringend benötigte finanzielle Spielräume für Investitionen in die digitale Transformation.

Im Berichtszeitraum hat sich die ddvg zudem von den Engagements bei Lokalportal und Locafox getrennt und im Jahr 2021 die bisherige Zwischenholding 2 Welten Investment auf die ddvg verschmolzen.

Ergebnisse trotz widriger Umstände positiv

Das Betriebsergebnis der ddvg zeigt mit 6 Mio. EUR (2019) und 3,9 Mio. EUR (2020) ein durchgängig positives Bild. Auf der Ergebnisseite ist es gelungen mit 1,1 Mio. EUR (2019) und einem ausgeglichenen Unternehmensergebnis in 2020 (29 Tsd. EUR) die Restrukturierungsaufwendungen zu bewältigen, ohne in die Verlustzone zu rutschen – und das obwohl im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie aus den Beteiligungen deutlich geringere Ergebnisse vereinbart werden konnten.

Der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit war sowohl in 2019 (4,5 Mio. EUR) als auch in 2020 (3,2 Mio. EUR) positiv, die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden von 10 Mio. EUR (2019) auf 2 Mio. EUR (2020) reduziert. Die Bilanzsumme hat sich mit 101,4 Mio. EUR (2019) und 102,4 Mio. EUR (2020) nahezu unverändert gezeigt.

5. Finanzen der Gesamtpartei für das Jahr 2019 im Vergleich

Für den Vergleich der Finanzen von SPD und den Unionsparteien wurden die Daten aus den Rechenschaftsberichten 2019 herangezogen, da die Rechenschaftsberichte von CDU und CSU für 2020 bei Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht waren.

Die Gliederungen der SPD haben im Jahr 2019 Einnahmen in Höhe von insgesamt 169,2 Mio. EUR verzeichnet. Die CDU hatte im gleichen Zeitraum Einnahmen in Höhe von 152,6 Mio. EUR, die CSU in Höhe von 48,1 Mio. EUR. Die Unionsparteien konnten somit insgesamt ca. 200,7 Mio. EUR vereinnahmen.

46,9 Prozent der Einnahmen der Partei stammten im Jahr 2019 aus Beiträgen. Der Anteil der Mitgliedsbeiträge an den Gesamteinnahmen der SPD lag bei 31,4 Prozent, die Mandatsträgerbeiträge machten 15,5 Prozent aus. Die staatlichen Mittel hatten einen Anteil von 32,9 Prozent an den Einnahmen. Die CDU finanzierte sich 2019 zu 38,4 Prozent aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen, die CSU zu 28,9 Prozent.

Die Unionsparteien profitieren weiterhin von Spenden von natürlichen Personen und im Vergleich zur Sozialdemokratie absolut und überproportional von denen juristischer Personen. Der SPD wurden bundesweit von juristischen Personen 2,2 Mio. EUR gespendet, dies bedeutet anteilig 1,3 Prozent der Gesamteinnahmen. Die lediglich in Bayern agierende CSU hat 2019 Spenden juristischer Personen in Höhe von 4 Mio. EUR erhalten, dies hat etwas mehr als 8 Prozent der Einnahmen ausgemacht. Die CDU hat 7,3 Mio. EUR oder anteilig 4,8 Prozent von juristischen Personen erhalten. Die Unionsparteien haben ca. 11,3 Mio. EUR von Unternehmen erhalten, mehr als fünf Mal so viel wie die SPD.

Von natürlichen Personen hat die SPD insgesamt Spenden in Höhe von 11,1 Mio. EUR (6,6 Prozent der Gesamteinnahmen) erhalten. Die Unionsparteien kommen insgesamt auf 24,4 Mio. EUR Einnahmen durch Spenden natürlicher Personen, was einem Anteil von 12,2 Prozent der Einnahmen beider Parteien entspricht.

Die Unionsparteien erhalten bedeutend mehr und größere Spenden von Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und vermögenden Privatpersonen. Sie haben von fünf, die SPD von keiner natürlichen oder juristischen Personen Zuwendungen von jeweils insgesamt 100.000 EUR oder mehr im Kalenderjahr 2019 erhalten.

Für die SPD sind eine Vielzahl kleinerer Spenden wichtig für die Finanzierung der Parteiarbeit.

Im Jahr 2019 hat die SPD 159,3 Mio. EUR ausgegeben, davon 34,8 Mio. EUR für Wahlkämpfe. Die CDU hatte Ausgaben von insgesamt 149,2 Mio. EUR, davon entfielen 40,2 Mio. EUR auf Wahlkampfaktivitäten. Die Ausgaben für Wahlkämpfe lagen bei der CSU bei 8,9 Mio. EUR, insgesamt hat die Partei 43,1 Mio. EUR als Ausgaben im Rechenschaftsbericht verzeichnet.

Das Reinvermögen der SPD lag bei 243,3 Mio. EUR. Das Reinvermögen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 10 Mio. EUR. Die CSU hat ein Reinvermögen in Höhe von 43,3 Mio. EUR, die CDU in Höhe von 189 Mio. EUR ausgewiesen.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2019

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	53.080.621,02	31,37	37.552.387,60	24,60	10.333.923,97	21,49
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	26.275.782,14	15,53	21.116.860,05	13,84	3.649.290,74	7,59
Spenden von natürlichen Personen	11.118.596,79	6,57	16.254.866,38	10,65	8.212.069,49	17,08
Spenden von juristischen Personen	2.216.711,64	1,31	7.305.129,04	4,79	4.017.642,58	8,36
Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	652.000,00	0,39	0,00	0,00	0,00	0,00
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	9.187.018,95	5,43	2.107.287,18	1,38	671.123,88	1,40
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften etc.	10.451.010,35	6,18	13.480.793,84	8,83	6.019.009,50	12,52
Staatliche Mittel	55.714.336,85	32,93	54.018.918,68	35,39	14.695.344,40	30,56
Sonstige Einnahmen	515.632,90	0,30	796.917,20	0,52	482.199,86	1,00
Gesamt	169.211.710,64	100,00	152.633.159,97	100,00	48.080.604,42	100,00
Ausgaben						
Personalausgaben	50.833.417,74	31,92	45.648.501,00	30,60	12.454.469,49	28,86
Laufender Geschäftsbetrieb	30.836.690,42	19,36	28.147.048,53	18,87	6.711.691,87	15,56
Allgemeine politische Arbeit	31.530.854,39	19,80	32.729.762,37	21,94	14.198.194,31	32,91
Wahlkämpfe	34.761.006,51	21,82	40.247.917,73	26,98	8.872.700,98	20,56
Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen	10.870.372,71	6,82	860.442,75	0,58	198.850,76	0,46
sonstige Zinsen	333.111,57	0,21	224.060,45	0,15	521.670,96	1,21
Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Ausgaben	109.705,46	0,07	1.303.254,70	0,87	190.225,38	0,44
Gesamt	159.275.158,80	100,00	149.160.987,53	100,00	43.147.803,75	100,00
Überschuss/Defizit	9.936.551,84		3.472.172,44		4.932.800,67	
Reinvermögen	243.320.584,20		209.273.119,11		43.324.464,33	

CDU/CSU		Bündnis 90/Die Grünen		Die Linke		FDP		AfD	
EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
47.886.311,57	23,86	15.222.556,32	25,50	10.451.721,15	30,55	9.698.272,11	25,50	4.010.294,73	15,26
24.766.150,79	12,34	11.049.910,85	18,51	5.219.193,54	15,25	2.928.743,67	7,70	2.011.984,41	7,66
24.466.935,87	12,19	5.851.068,34	9,80	2.771.555,78	8,10	5.892.723,61	15,50	6.384.388,95	24,29
11.322.771,62	5,64	719.815,71	1,21	500,45	0,00	2.093.385,63	5,50	118.709,51	0,45
0,00	0,00	663,12	0,00	0,00	0,00	52.020,30	0,14	32.667,26	0,12
2.778.411,06	1,38	148.538,12	0,25	83.124,59	0,24	331.762,55	0,87	10.972,05	0,04
19.499.803,34	9,72	1.015.996,12	1,70	175.725,10	0,51	1.505.674,62	3,96	107.306,79	0,41
68.714.263,08	34,23	23.988.901,93	40,19	14.393.277,09	42,07	15.418.984,82	40,55	10.203.583,65	38,83
1.279.117,06	0,64	1.697.827,53	2,84	1.119.505,48	3,27	106.162,55	0,28	3.399.698,83	12,94
200.713.764,39	100,00	59.695.278,04	100,00	34.214.603,18	100,00	38.027.729,86	100,00	26.279.606,18	100,00
58.102.970,49	30,21	19.577.821,44	38,90	12.287.664,80	35,89	5.054.116,08	14,42	3.876.067,72	16,29
34.858.740,40	18,13	7.438.496,55	14,78	5.301.312,38	15,48	8.227.290,40	23,48	4.511.487,85	18,96
46.927.956,68	24,40	9.729.641,52	19,33	6.157.247,88	17,98	7.088.385,61	20,23	4.317.877,43	18,14
49.120.618,71	25,54	13.238.973,25	26,31	10.372.571,56	30,29	11.874.398,08	33,89	7.210.915,78	30,30
1.059.293,51	0,55	155.660,29	0,31	27.248,96	0,08	163.434,93	0,47	0,00	0,00
745.731,41	0,39	1.781,09	0,00	11.948,09	0,03	610.175,09	1,74	436,46	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.373,57	0,06
1.493.480,08	0,78	180.508,66	0,36	81.839,76	0,24	2.023.788,57	5,78	3.866.304,43	16,25
192.308.791,28	100,00	50.322.882,80	100,00	34.239.833,43	100,00	35.041.588,76	100,00	23.797.463,24	100,00
8.404.973,11		9.372.395,24		-25.230,25		2.986.141,10		2.482.142,94	
252.597.583,44		60.585.531,47		38.568.632,81		18.371.545,02		25.989.905,96	

Parteitag Berlin
11. Dezember 2021
